Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1836

28. 06. 95

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Forum der Nichtregierungsorganisationen und Vierte VN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag

1. fordert die chinesische Regierung mit Nachdruck auf, die Voraussetzungen für eine unbehinderte Durchführung des parallel zur Regierungskonferenz in Peking tagenden Forums der Nichtregierungsorganisationen zu schaffen – vor allem räumliche Nähe beider Tagungsorte (NRO) und die Gewährleistung erforderlicher Kommunikationseinrichtungen sowie eines geregelten und regelmäßigen Transports, um eine reibungslose Kommunikation zwischen beiden Konferenzen zu ermöglichen;
2. fordert die chinesische Regierung dringend auf, Rede- und Pressefreiheit zu garantieren und Frauengruppen, die aufgrund ihrer Auffassungen, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung ausgeschlossen wurden, zuzulassen;
3. fordert die chinesische Regierung mit Nachdruck auf, Frauen aus Taiwan und Tibet, die bei einschlägigen Nichtregierungsorganisationen akkreditiert sind, die Teilnahme an der Konferenz zu gestatten;
4. erwartet von der chinesischen Regierung, daß sie allen gegenüber VN-Vertretern eingegangenen Verpflichtungen – insbesondere in bezug auf den Zugang zur Konferenz für bestimmte NRO – nachkommt;
5. fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Regierungen der EU-Staaten die Unterstützung der Verlegung der offiziellen Konferenz und des NRO-Forums an einen vorgeschlagenen Tagungsort in Australien zu erwägen, falls China diesen Forderungen nicht nachkommt.

Bonn, den 27. Juni 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Angesichts der Bedeutung der Vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen im September 1995 in Peking, der wichtigen Rolle von Nichtregierungsorganisationen bei VN-Konferenzen und der Notwendigkeit eines klaren Bekenntnisses zu Menschenrechten und Demokratie in Anbetracht des Tagungsortes muß die unbehinderte Durchführung des parallel zur Regierungskonferenz stattfindenden Forums der Nichtregierungsorganisationen sichergestellt sein. Dies umfaßt – neben den erforderlichen Tagungs- und Unterbringungsmöglichkeiten sowie Kommunikationseinrichtungen – vor allem den unbehinderten Zugang aller beim Forum der Nichtregierungsorganisationen akkreditierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die reibungslose Kommunikation zwischen den Nichtregierungsorganisationen und der offiziellen Regierungskonferenz.

Der von der Regierung der Volksrepublik China angewiesene Tagungsort Huairou entspricht im Hinblick auf räumliche Nähe, Ausstattung und Transportmöglichkeiten nicht den Erfordernissen. Insbesondere der unbehinderte Kontakt zwischen NRO-Forum und Regierungskonferenz ist nicht gewährleistet. Es ist nach wie vor nicht sichergestellt, daß die chinesische Regierung taiwanesischen und tibetischen Frauen, örtlichen chinesischen Gruppen sowie Vertreterinnen bestimmter Frauenorganisationen die Einreise bzw. den Zugang zur Konferenz gestattet. Berichte über strenge Zollverfahren und -kontrollen im Zusammenhang mit der Einfuhr von schriftlichem und audiovisuellem Material durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beiden Konferenzen geben Anlaß zur Sorge hinsichtlich der freien Meinungsäußerung.

Der Deutsche Bundestag schließt sich daher entsprechenden Forderungen des Europäischen Parlaments (enthalten in den Entschließungen vom 18. Mai 1995 und 15. Juni 1995) an.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333